

**Öffentliche Niederschrift über die  
18. Sitzung des Kreisausschusses (11. Wahlzeit)  
des Landkreises Trier-Saarburg  
am 08.03.2021 in Form einer Videokonferenz.**

Beginn: **17:15** Uhr

Ende: **18:53** Uhr

**Anwesenheit**

Vorsitz

Herr Landrat Günther Scharz

Mitglieder

Herr Matthias Daleiden

Frau Stephanie Freytag

Herr Bernhard Henter

Frau Christiane Junk-Kornbrust

Vertretung für Herrn Jens Ahnemüller

Frau Dr. Kathrin Meß

Herr Paul Neumann

Vertretung für Frau Stephanie Nickels  
im Sitzungssaal anwesend

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Lothar Rommelfanger

Frau Marianne Rummel

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Frau Kathrin Schlöder

Herr Arnold Schmitt

Herr Markus Thul

mit beratender Stimme

Herr Kreisbeigeordneter Lutwin Ollinger

im Sitzungssaal anwesend

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

im Sitzungssaal anwesend

Frau Erste Kreisbeigeordnete Simone Thiel

im Sitzungssaal anwesend

Verwaltung

Herr Georg Barthen

Abteilung 2 - EDV (TOP 1.3); im  
Sitzungssaal anwesend

Herr Hermann Becker

Leiter der Abteilung 4 - Wirtschaft,  
Landwirtschaft und Weinbau

Herr Reinhard Benzkirch

Leiter der Abteilung 10 - Sicherheit,  
Ordnung und Verkehr

Herr Sebastian Bienek

EDV

Herr Joachim Christmann

Leiter des Geschäftsbereichs II

Herr Norbert Etringer

Leiter der Abteilung 5 - Schulen und  
Bildung

Herr Ronny Folz

Abteilung 5 - Schulen und Bildung  
(TOP 1.2)

Herr Christoph Fuchs

Büroleiter; im Sitzungssaal anwesend

Frau Ruth Mayer

Abteilung 6 - Finanzen und Kommu-  
nales (TOP 1.1); im Sitzungssaal an-  
wesend

Herr Thomas Müller	Pressestelle; im Sitzungssaal anwesend
Herr Rolf Rauland	Leiter des Geschäftsbereichs I; im Sitzungssaal anwesend
Herr Stephan Schmitz-Wenzel	Leiter des Geschäftsbereichs III; im Sitzungssaal anwesend
Herr Ingo Stoffel	Abteilung 10 - Sicherheit, Ordnung und Verkehr

Gäste

Herr Joachim Trösch	Zuhörer - Kreistagsmitglied
---------------------	-----------------------------

**nicht anwesend:**

Mitglieder

Herr Jens Ahnemüller	entschuldigt
Herr Sascha Kohlmann	entschuldigt
Frau Stephanie Nickels	entschuldigt

**Zur Geschäftsordnung**

Der **Landrat** eröffnet die Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt dessen Mitglieder, sowie die Mitarbeitenden der Verwaltung, die per Videokonferenz zugeschaltet sind. Überdies begrüßt er die Kreistagsmitglieder, die als Zuhörer ohne Stimm- und Rederecht zugeschaltet sind.

Einwendungen gegen Form und Frist der Einladung gibt es nicht.

Ferner weist die **Vorsitzende** daraufhin, dass es gemäß des § 28 Absatz 3 notwendig sei, dass die Ausschussmitglieder ihre Zustimmung zur Durchführung der Sitzung in Form einer Videokonferenz geben. Überdies müsse ein einstimmiger Beschluss zur Zulässigkeit von Ton- und Bildaufnahmen via Livestream gefasst werden (§ 28 Abs. 1 LKO).

Der **Kreisausschuss** stimmt der Durchführung der Sitzung in dieser Form einstimmig zu. Ferner stimmt er einstimmig zu, dass Ton- und Bildaufnahmen zur Herstellung der Öffentlichkeit der Sitzung via Livestream zulässig sind.

Es liegen keine Änderungen zur Tagesordnung vor. Aufgrund dessen wird sie wie nachfolgend dargestellt abgewickelt.

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

#### **2. Auftragsangelegenheiten**

**2.1. K 64 OD Gutweiler – Auftragsvergabe; Vorlage: 0077/2021/2**

**2.2. Digitale Schule in den Schulen des Landkreises - Investive Beschaffung von Displays aus Mitteln des Digitalpaktes an der Geschwister-Scholl-Schule Saarburg (BBS); Vorlage: 0084/2021**

**2.3. Ersatzbeschaffung von 200 Arbeitsplatzrechnern (Thinclients)  
Vorlage: 0086/2021/1**

**2.4. Digitale Schule in den Schulen des Landkreises – Investive Beschaffung von Smart-Displays sowie Notebooks aus Mitteln des Digitalpaktes an der Integrierten Gesamtschule Hermeskeil; Vorlage: 0082/2021**

**3. Änderung des § 13 der Hauptsatzung des Landkreises Trier-Saarburg  
Vorlage: 0014/2021**

**4. Aufhebung der Satzung der TSW AöR; Vorlage: 0083/2021**

**5. Kfz-Zulassungsstelle für die Jahre 2013-2019 - Außerplanmäßige Ausgabe  
Vorlage: 0096/2021**

**6. Erstellung eines Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Trier-Saarburg  
Vorlage: 0089/2021**

#### **7. Informationen und Anfragen**

**7.1. Sachstand DigitalPakt Schule; Vorlage: 0105/2021**

**7.2. weitere Informationen und Anfragen**

## 2. Auftragsangelegenheiten

### 2.1. K 64 OD Gutweiler – Auftragsvergabe; Vorlage: 0077/2021/2

#### **Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt der Vergabe der Arbeiten für den Ausbau der K 64, OD Gutweiler, an den preisgünstigsten Anbieter zuzustimmen.

Der Gesamtauftrag soll an die Fa. F. Lehnen, Sehlen, in Höhe des Kreisanteils von 387.757,42 € (Angebotssumme insgesamt i.H.v. 1.094.173,69 €) vergeben werden.

Der Kreisausschuss beschließt darüber hinaus, den Landesbetrieb Mobilität Trier (LBM) zu ermächtigen, den Auftrag für Grunderwerb und Vermessung bis zu einer Höhe von 50.000,00 €, sowie für die Ausstattung (Beschilderung, Markierung) und die Bepflanzung in Höhe von ca. 10.000,00 € vergeben zu dürfen.

Die Auftragsvergabe kann trotz der bestehenden Interimswirtschaft erfolgen, da im Finanzhaushalt 2020 bereits ein Haushaltsansatz für die Maßnahme enthalten war, so dass die dahingehende Investitionstätigkeit entsprechend § 57 LKO i.V.m. § 99 Abs. 1 Nr. 1 GemO fortgesetzt werden kann.

Der Kreisanteil der Baumaßnahme in Höhe von 387.757,42 €, sowie der Großteil der mit der Baumaßnahme zusammenhängenden Kosten i. H.v. 60.000,00 € (Grunderwerb, Vermessung, Ausstattung und Bepflanzung) werden vom Land voraussichtlich mit einer Förderquote von 76 % bezuschusst. Ein entsprechender Zuwendungsantrag liegt der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier vor.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

### 2.2. Digitale Schule in den Schulen des Landkreises - Investive Beschaffung von Displays aus Mitteln des Digitalpaktes an der Geschwister-Scholl-Schule Saarburg (BBS); Vorlage: 0084/2021

#### **Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt den Auftrag zur Beschaffung von sechs Touchscreen 75" sowie von jeweils zwei Displays 65" und 75" für Klassenräume der Geschwister-Scholl-Schule Saarburg (BBS) am Standort Saarburg zum geprüften Angebotspreis in Höhe von 36.842,40 € einschließlich der gesetzlichen Mehrwertsteuer an die Firma Lauer-Direkt GmbH in Trier zu vergeben.

Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Finanzhaushalt als noch zu übertragende Ausgabenermächtigungen 2020 bei der Buchungsstelle 23122.082200.219990120.3 zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**2.3. Ersatzbeschaffung von 200 Arbeitsplatzrechnern (Thinclients)****Vorlage: 0086/2021/1****Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss beschließt die Auftragsvergabe zur Lieferung von 200 Thinclients an die

Firma  
Rednet AG  
Carl-von-Linde-Straße 12  
55129 Mainz

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**2.4. Digitale Schule in den Schulen des Landkreises – Investive Beschaffung von Smart-Displays sowie Notebooks aus Mitteln des Digitalpaktes an der Integrierten Gesamtschule Hermeskeil; Vorlage: 0082/2021****Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Zu dieser Beschlussvorlage habe es keine ergänzenden Informationen gegeben, da es sich um einen Rahmenvertrag handle.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss stimmt der Beschaffung von sieben SMART-Displays sowie neun Lenovo ThinkPads zu. Die Auftragserteilung erfolgt an die Firma BECHTLE GmbH & Co. KG zu einem geprüften Angebotspreis in Höhe von 29.559,75 € brutto und an die Rednet AG, Mainz, zum geprüften Angebotspreis in Höhe von 8.582,99 € brutto. Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Finanzhaushalt als noch zu übertragende Ausgabenermächtigung 2020 bei dem Buchungskonto 21812.082200.219990120.3 zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**3. Änderung des § 13 der Hauptsatzung des Landkreises Trier-Saarburg  
Vorlage: 0014/2021**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Über die Gründe des Rücktritts des ehemaligen Leiters des Gefahrstoffzuges sei in der letzten Sitzung des Kreisausschusses informiert worden. Inzwischen habe aufgrund einer gesetzlichen Grundlage eine Umbenennung stattgefunden: die Kreisfeuerwehrenspekteure seien nun in gleicher Funktion und im gleichen Aufgabenbereich Brand- und Katastrophenschutzinspekteure.

Abteilungsleiter **Benzkirch** teilt mit, dass die Verwaltung eine klare Strukturierung der Aufwandsentschädigung für Funktionsträger der Feuerwehren erarbeitet habe. In der Anlage zur Vorlage seien der Ist-Stand sowie die künftigen Änderungen vergleichend aufgeführt. Die Änderung sei mit dem Brand- und Katastrophenschutzinspekteur abgestimmt. Er sei einverstanden.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) hinsichtlich der Sensibilität des Feuerwehrbereiches versichert der **Landrat**, dass eine Abstimmung zwischen der Verwaltung und dem Brand- und Katastrophenschutzinspekteur auf der Führungsebene stattgefunden habe.

Ferner spricht der **Vorsitzende** einen Dank an die Mitarbeitenden der Abteilung 10 – Sicherheit, Ordnung und Verkehr für die geleistete Arbeit während der Corona-Pandemie als Kreisordnungsbehörde sowie im Impfzentrum aus.

Da seitens des **Kreisausschusses** keine Fragen bestehen, fasst er sodann folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag die Änderung des § 13 der Hauptsatzung des Landkreises Trier-Saarburg gemäß dem vorliegenden Vorschlag der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**4. Aufhebung der Satzung der TSW AöR; Vorlage: 0083/2021**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:

Der Kreistag beschließt die Satzung über die Aufhebung der Satzung für die Trier-Saarburg.Werke Anstalt des öffentlichen Rechtes (TSW-AöR) vom 07.01.2013 gemäß der vorgelegten Entwurfsfassung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

**5. Kfz-Zulassungsstelle für die Jahre 2013-2019 - Außerplanmäßige Ausgabe  
Vorlage: 0096/2021**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Die Überschüsse in den Jahren 2018 sowie 2019 seien relativ gering gewesen. Zuvor hingegen seien die Überschüsse hoch ausgefallen.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) zeigt sich verwundert über einen kürzlich erschienen Zeitungsartikel zu diesem Thema. Die Jahresrechnung sei ihrer Kenntnis nach bis zum 31.12. des Folgejahres vorzulegen.

Seiner Vorrednerin zustimmen könne der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU). Die Kfz-Zulassungsstelle sei zum wiederholten Male Thema in einer Sitzung des Kreisausschusses. Einen positiven Hintergrund der Beratung habe es bisher nicht gegeben. Gewinn habe der Landkreis in diesem Bereich nicht gemacht. Über den angesprochenen Zeitungsartikel habe er sich geärgert. Es zeuge an dieser Stelle von keinem guten Verwaltungshandeln.

Der **Landrat** betont, dass die Sachlage in der Vorlage dargestellt worden sei. Insgesamt handle es sich hierbei um eine sachdienliche Angelegenheit. Die in den letzten Monaten vorhandene Kritik zu Terminvergaben etc. sei weitestgehend beigelegt worden.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

**Beschluss:**

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, der außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 284.048,88 € aus den Jahresabrechnungen 2013 bis 2019 zur weiteren Betreuung der Kfz-Zulassungsstelle zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

6. **Erstellung eines Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Trier-Saarburg**  
**Vorlage: 0089/2021**

**Protokoll:**

Der **Landrat** verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung. Im Haushaltsplan 2021 seien 50.000 Euro zur Umsetzung eines Radwegekonzeptes eingestellt. Der Bund fördere ein solches Vorhaben. Die Krux an dieser Stelle sei, dass das Vorhaben bis 2023 abgewickelt sein solle. Geschäftsbereichsleiter Rauland habe in Zusammenarbeit mit den Verbandsgemeinden das Konzept auf den Weg gebracht.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** informiert, dass im vergangenen Jahr mit der Erstellung des Konzeptes begonnen worden sei. Bisher sei der Landkreis nur mit dem Thema Radwege befasst gewesen, wenn ein solcher unmittelbar an eine Kreisstraße grenze. Im Rahmen der Klimaschutzdebatte sei dieses Thema erneut aufgegriffen worden. Zusammen mit den Verbandsgemeinden finde eine übergeordnete Betrachtung statt. Es sei die kleinste sinnvolle Ebene zur Konzeptionierung des Vorhabens. Insgesamt verzweige sich dieses Thema in sehr viele Unterpunkte. Eine nachhaltige Betreuung der Radwege solle sichergestellt sein. Die Erstellung des Radverkehrskonzeptes könne mehr Kosten als im Kreishaushaltsplan 2021 veranschlagt seien. Möglicherweise müsse der Landkreis in Vorleistung treten. Es gebe weiterhin Abstimmungen mit den Verbandsgemeinden.

Die Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD) begrüßt das Vorhaben. Dieses Thema werde nicht nur auf der Ebene des Landkreises diskutiert, sondern auch in den Gremien der Verbandsgemeinden.

Der Fraktionsvorsitzende **Daleiden** (FWG) befürwortet ferner das Radverkehrskonzept. Ähnliche Anträge seien in einer Gremiensitzung in der Verbandsgemeinde Trier-Land gestellt worden. Durch die Zunahme von E-Bikes seien die Menschen in verändertem Umfang mobil. Der Landkreis könne durch dieses Konzept ein Zeichen setzen.

Nach einem kurzen Beitrag des Fraktionsvorsitzenden **Port** (Bündnis 90/ Die Grünen) hinsichtlich der Anlegung der Radwege zu touristischen Zwecken erklärt der **Landrat**, dass im Leistungsbild des Radverkehrskonzeptes vom LBM



darauf hingewiesen werde, dass im Rahmen des Wegeausbaus ferner die Infrastruktur betroffen sei. Hierzu zählen u. a. Ladestationen, Abstellflächen, etc. Es werde nicht nur zu touristischen Zwecken ausgebaut.

Der **Landrat** fährt fort, dass die Kreisverwaltung überdies in interner Abstimmung über eigene Fahrradstellplätze für Mitarbeitende sei, um die Attraktivität als Arbeitgeber weiter zu steigern.

Der Kreisbeigeordnete **Reis** (FWG) regt aus eigener Erfahrung an, eine Kooperation mit der Stadt Trier hinsichtlich des Ausbaus von Radwegen einzugehen. Es gebe einige Wege, die vom Landkreis durch die Stadt führen. Die städtischen Radwege seien jedoch in einem deutlich schlechteren Zustand als die des Landkreises.

Den Ausführungen ihres Vorredners stimmt Kreisausschussmitglied **Rummel** (Bündnis 90/ Die Grünen) zu. Ihrer Kenntnis nach seien die Radwege als Schulwege teilweise sehr gefährlich.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) betont, dass es wichtig sei, sich mit der Stadt Trier darüber abzustimmen. Die gut ausgebauten Radwege müssen im Zuständigkeitsbereich der Stadt Trier fortgesetzt werden. Für künftige Beratungen zu diesem Thema sei es nachteilig, dass es sehr viele unterschiedliche Träger von Radwegen gebe. Hierbei stelle sich die Frage, wer für den Unterhalt dieser Wege aufkomme. Die Ortsgemeinden könnten das im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht leisten. Es müsse ein überregionaler Kostenträger gefunden werden. Eine Förderung bis zu 85 Prozent sei möglich. Die CDU-Kreistagsfraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Geschäftsbereichsleiter **Rauland** erklärt, dass der Landkreis nicht lediglich in eine touristische Richtung geplant habe. In der Beschlussvorlage sei die Planung, auch für die peripheren Angelegenheiten, umfassend dargestellt. Die Förderung der Pendlerroute laufe bis zum Jahr 2023. Eine separate Förderung sei möglich.

Der **Landrat** ergänzt, dass das Programm zur Förderung der Pendlerroute als Landesinitiative begonnen habe. Eine effektive Vernetzung der Wege sei wichtig. Beispielsweise werde im Industriepark der Region Trier in Föhren derzeit darüber beraten, wie ein neuer Bereich des Gewerbegebietes sinnvoll angeschlossen werden könne. In der Stadt Trier durchlaufen ähnliche Beratungen zum Radwegenetz die dortigen Gremien. Ein Augenmerk werde auf die Finanzierung des Gesamtprojektes gelegt. Eine Zuständigkeit des Bundes und/ oder des Landes neben dem Landkreis sei nicht ausgeschlossen. Im Rahmen der Prüfung werde ein Blick darauf geworfen. In der Vergangenheit habe es hierzu politischen Konsens gegeben. Eine Erleichterung des straßenbegleitenden Verkehrs auf der Straße sei wünschenswert.

Kreisausschussmitglied **Schmitt** (CDU) bittet um eine Sachstandsmitteilung in einer der nächsten Sitzungen des Kreisausschusses zum Thema Pendlerroute von Konz über Trier nach Schweich.

Dem Konzept im Gesamten könne Kreisausschussmitglied **Thul** (CDU) zustimmen. Jedoch könne er aus eigener Erfahrung sagen, dass eine Mischnutzung von Wegen wegfallen müsse. Die Radwege müssen strikt vom Autoverkehr aus Gründen des persönlichen Gesundheitsschutzes getrennt werden. Ferner treffe dies auf Wirtschaftswege zu.

Den Ausführungen stimmt der **Landrat** zu. Es gebe häufig sehr gefährliche Situationen zwischen dem Auto- und dem Radverkehr. Beispiele hierfür seien u.a. in den Weinbergen und an Kreisstraßen zu finden.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Dr. Meß** (Die Linke) hinsichtlich der Vorstellung des Konzeptes sowie der überplanmäßigen Ausgabe verweist der **Landrat** auf die Beschlussvorlage sowie deren Anlage. Bundes- oder Landeszuschüsse könnten noch in die Finanzierung einfließen.

Seitens des **Kreisausschusses** bestehen keine Fragen. Sodann fasst er folgenden Beschluss.

#### **Beschluss:**

Der Kreisausschuss stimmt der Erstellung eines Radverkehrskonzeptes für den Landkreis Trier-Saarburg durch ein Planungsbüro zu.

Die zur Konzepterstellung erforderlichen Haushaltsmittel, soweit sie den bestehenden Haushaltsansatz von 50.000 € übersteigen, werden ggf. überplanmäßig bereitgestellt.

Eine ggf. entstehende überplanmäßige Ausgabe wird im Rahmen des Gesamthaushaltes nach Möglichkeit gedeckt.

Der Kreisausschuss befürwortet hinsichtlich des Zeitrahmens eine umgehende Ausschreibung des Radverkehrskonzeptes.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

## **7. Informationen und Anfragen**

### **7.1. Sachstand DigitalPakt Schule; Vorlage: 0105/2021**

#### **Protokoll:**

Der **Vorsitzende** verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

Auf Rückfrage der Fraktionsvorsitzenden **Sahler-Fesel** (SPD) hinsichtlich einer detaillierten Darstellung von Beträgen schildern der **Landrat** sowie Herr **Folz** die Sachstände zu den verschiedenen DigitalPakts im Detail, insbesondere den Zuwendungsbescheid für die Anträge von einigen Schulen im Landkreis. Weitere Anträge seien derzeit in der Vorbereitung. Für die DigitalPakts 3 & 4 liegen aktuell noch keine genauen Zahlen vor.

Da keine Fragen seitens des **Kreisausschusses** bestehen, nimmt er die Informationen zur Kenntnis.

## 7.2. weitere Informationen und Anfragen

### **Protokoll:**

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) verweist auf einen Zeitungsartikel bzgl. des gemeinsamen Impfzentrums. Darin sei eine Diskrepanz zwischen den geplanten Kapazitäten und dem tatsächlich Machbaren aufgeführt. Falls in den nächsten Wochen ausreichend Impfstoff zur Verfügung stehe, müsse ein erhöhtes Personenaufkommen zu bewältigen sein.

Der **Landrat** teilt daraufhin mit, dass bei der Planung mit Hochrechnungen gearbeitet worden sei. Ferner müsse jede zu impfende Person vor dem eigentlichen Impfkakt belehrt werden sowie ihr Einverständnis erklären. Ferner finde eine Dokumentation des gesamten Impfprozesses statt. Die nun dargelegten Zahlen seien realistisch umsetzbar. Überdies gebe es derzeit Beratungen zur Impfdurchführung bei Hausärzten und in größeren Betrieben mit Hilfe der Betriebsärzte. Es werde eine Dezentralisierung der Impfdurchführungen stattfinden, wobei die Impfzentren die Grundlasten zu tragen haben. Es sei davon auszugehen, dass die Priorisierungsgruppen nach und nach aufgeweicht werden, wenn genügend Impfstoff vorhanden sei. Das Land halte derzeit Impfdosen auf Reserve. Einer Personalknappheit im Impfzentrum sei vorbeugend entgegen gewirkt worden. Voraussichtlich ab dem 15. März werde das gemeinsame Impfzentrum in Vollbetrieb arbeiten.

Auf Rückfrage des Kreisausschussmitgliedes **Rommelfanger** (SPD) hinsichtlich der Schnelltests erklärt der **Landrat**, dass es sich hierbei um eine politische Entscheidung handle, die ohne konkrete Umsetzungspläne vor Ort beschlossen worden sei. In Gesprächen der kommunalen Spitzenverbände mit der Landesebene sei darauf hingewiesen worden, dass derzeit keine flächendeckende Umsetzung möglich sei. Die Teststrukturen werden nach und nach aufgebaut. Auf der kreiseigenen Homepage werden Hinweise zu den Testzentren im Landkreis gegeben.

Der Fraktionsvorsitzende **Henter** (CDU) bittet um Aufnahme des Tagesordnungspunktes zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses hinsichtlich des Schulbusverkehrs. Hintergrund seien Schüler/innen, die nicht von einem Bus mitgenommen worden seien.

Als zweiten Punkt spricht er die in einem Zeitungsartikel erwähnte Elterngeldstelle des Landkreises an, die in den letzten Wochen für Missmut seitens der Bevölkerung geführt habe.

Der **Landrat** gibt an, dass die Anfrage zur Schülerbeförderung gesondert beantwortet werde. Er weise jedoch auf die gesetzlich vorgeschriebene Mindestschülerzahl im Rahmen der Schülerbeförderung hin. In Bezug auf die Elterngeldstelle könne er sagen, dass einige Mitarbeitende aus verschiedenen Bereichen der Verwaltung inzwischen u.a. zum Gesundheitsamt bzw. zum Impfzentrum abgeordnet worden seien. Die normale Verwaltungsarbeit sei jedoch durch die Corona-Pandemie nicht weniger geworden. Aktuell seien einzelne Stellen nicht sofort nachbesetzbar. Über den angesprochenen Zeitungsartikel sei er grundsätzlich erfreut, da es die Lage in der Verwaltung widerspiegeln würde. Zur Amtshilfe habe lediglich die Bundeswehr sowie das Finanzamt Personal abgeordnet.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** ergänzt, dass in der betroffenen Abteilung der Verwaltung aktuell ein hohes Arbeitsaufkommen zu verzeichnen sei. Die Arbeitsrückstände werden nun aufgearbeitet. Ein Fachkräftemangel sei abteilungsübergreifend festzustellen.

Auf Rückfrage des Kreis Ausschussmitgliedes **Rommelfanger** (SPD) bezüglich des Schlachthofes in Saarburg stellt der **Landrat** klar, dass hierzu eine schriftliche Antwort gegeben werden könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden.

Der Vorsitzende:

(Günther Scharz)  
Landrat

Der Protokollführer:

(Andreas Reichert)